

KANTON BERN

NUMERUS CLAUSUS

Ab 2004/2005 für Zahnmedizin

Die seit 1998 geltende Zulassungsbeschränkung für das Studium der Human- und Veterinärmedizin soll auch im kommenden Wintersemester 2004/2005 gelten. Neu wird auch für Studierende der Zahnmedizin ein Numerus clausus eingeführt. Dies hat der Regierungsrat gestützt auf die eingegangenen Voranmeldungen beschlossen. Für die Humanmedizin liegen 357 Voranmeldungen, für die Veterinärmedizin 137 Voranmeldungen und für die Zahnmedizin 65 Voranmeldungen vor. 1996 wurde die Aufnahmekapazität für Studienanfängerinnen und Studienanfänger der Medizinischen und Veterinärmedizinischen Fakultät insgesamt auf 220 Plätze (125 Human-, 60 Veterinär-, 35 Zahnmedizin) beschränkt. *aid/ue*

KANTONALBANK

Staatsgarantie wird reduziert

Der Regierungsrat unterbreitet dem Grossen Rat eine Änderung des Gesetzes über die Aktiengesellschaft Berner Kantonalbank. Die Gesetzesänderung sieht – wie Anfang Dezember 2002 von der Regierung im Rahmen der Umsetzung der Eigentümerstrategie des Kantons gegenüber der BEKB beschlossen – die schrittweise Reduktion der Staatsgarantie vor. In einem ersten Schritt soll per 1. Januar 2006 die Staatsgarantie auf Spargeldern bis 100 000 Franken je Gläubiger und auf Anleihen reduziert werden. Der definitive Wegfall der Staatsgarantie soll Ende 2012 erfolgen. *aid*

POLIZEIGESETZ

Der Täter hat jetzt zu weichen

In Zukunft hat nicht mehr das bedrohte Opfer, sondern der Täter zu weichen. Bei häuslicher Gewalt kann er sogar aus der eigenen Wohnung gewiesen werden. Um die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen, beantragt der Regierungsrat dem Grossen Rat eine entsprechende Änderung des Polizeigesetzes. Die neuen Regelungen ermöglichen die Wegweisung oder Fernhaltung von Personen. Das bedeutet, dass die betroffene Person von ihrem Wohnort wegweisen und ihr die Rückkehr für eine bestimmte Zeit untersagt werden kann. Damit kann der Schutz des Opfers entscheidend verbessert werden. *aid*

BAUMEISTER

Peter Ramseier neuer Präsident

Der 54-jährige Peter Ramseier aus Bern ist neuer Präsident des Kantonal-Bernischen Baumeisterverbandes. Die Delegiertenversammlung wählte den Leiter der Berner Ramseier-Gruppe zum Nachfolger von Ruedi Huldi, der den Verband während den letzten sechs Jahren präsidierte. Ramseier war ab 1998 Präsident des Baumeisterverbands Bern. In dieser Eigenschaft war er massgeblich an der Fusion seines Verbands mit dem Baumeisterverband Mittelland beteiligt und präsidierte anschliessend bis 2001 den neuen Baumeisterverband Region Bern. *sda*

SCHÜLERBEURTEILUNG

Lyssacher Lehrer kritisieren Annonis Zurückkrebse

Nicht alle Berner Schulanfänger waren mit der neuen Schülerbeurteilung unzufrieden. Lyssach etwa ist begeistert – und ist jetzt enttäuscht vom Erziehungsdirektor. Deswegen Glaubwürdigkeit stehe auf dem Spiel.

◆ **Susanne Graf**

Wie er es auch macht, es ist nicht recht. Zuerst musste Erziehungsdirektor Mario Annoni harsche Kritik einstecken, als er die neue Schülerbeurteilung (Schübe) lancierte. Und jetzt, da er Korrekturen eingeleitet hat, gerät er von anderer Seite unter Druck. Letzte Woche kritisierten Bieler Schulen das Zurückkrebse, jetzt macht das Kollegium der Schule Lyssach seinem Ärger in einem offenen Brief Luft.

5459 Lehrkräfte, also rund 50 Prozent, hatten die von der Sekundarschule Langnau sowie der Sekundar- und Realschule Schwarzenburg initiierte Petition «Schübe Halt!» unterschrieben. Der Erziehungsdirektor hat reagiert und sieht Änderungen vor. So soll künftig wieder nicht mehr zwischen grundlegenden und erweiterten Lernzielen unterschieden werden. Und – so will es der Grosse Rat – die Lernkontrollen werden wieder mit Noten beurteilt. Eine Arbeitsgruppe ist daran, die Details zu regeln. Am 26. Mai sollen die abgeänderten Unterlagen soweit sein, dass Annoni sie unterschreiben könnte, teilte die Erziehungsdirektion den Schulleitern mit. Mit der Unterschrift verknüpft das Kollegium der Schule Lyssach nun aber nicht wenig: «Dabei steht nicht nur Ihre Glaubwürdigkeit bei allen ErzieherInnen auf dem Spiel, sondern unsere vor den Schülern und deren Eltern», schreibt es in einem offenen Brief an Annoni. Niemand werde der Lehr-



«Lehrer, die ihren Auftrag ernst nahmen, kommen sich verschaukelt vor», sagt der Lyssacher Lehrer Adrian Menzi. BILD A. MARBOT

schaft mehr glauben oder vertrauen, wenn ein System ein Jahr nach seiner Entstehung bereits wieder durch ein Neues ersetzt werde. «Wir verlangen konsequente Schritte voraus, nicht zaghaftes Zurückkrebse vor ei-

nigen kritischen Konservativen», schreibt das Lyssacher Lehrerkollegium weiter.

«Unverzeihlich»

Die Abschaffung der grundlegenden und erweiterten Lernzie-

le würde in Lyssach als «unverzeihlicher pädagogischer Rückschritt» betrachtet, die Rückkehr zu «sturer Notenbeurteilung» als «bedenklich». Adrian Menzi ist Mitglied der Lyssacher Schulleitung. Seit zwanzig Jahren ist er Lehrer, und er findet: «Schübe ist der beste Wurf, den die Erziehungsdirektion in dieser Zeit gemacht hat.» Noch nie hätten so viele Lehrer so grundsätzlich mit ihren Schülern über die grundlegenden Lernziele diskutiert wie jetzt. In Lyssach gebe kein Lehrer mehr eine unkommentierte Beurteilung ab. «Immer erfahren die Schüler, was sie gut gemacht haben und wo sie sich noch verbessern könnten», zählt Menzi die positiven Errungenschaften der Schübe auf.

Fühlen sich verschaukelt

Mit Begeisterung habe man sich in Lyssach daran gemacht, die Vorgaben des Erziehungsdirektors umzusetzen. «Während einem Jahr haben wir intensivst erarbeitet, was wir als unseren Auftrag verstanden haben», sagt Menzi. Und jetzt, einen Monat, nachdem die Schulleitung die verbindliche Beurteilungsverordnung in Kraft gesetzt habe, werde plötzlich alles wieder in Frage gestellt. «Wir sind frustriert», sagt Menzi und gibt zu bedenken: «Lehrer, die ihren Auftrag ernst nahmen, die bei Eltern und Schülern Überzeugungsarbeit leisteten, kommen sich verschaukelt vor.»

«Sind Sie sich bewusst», will das Kollegium der Schule Lyssach von Annoni wissen, «dass Sie mit Ihrer Unterschrift unter die geplanten Änderungen vor allem jene Lehrkräfte treffen, welche loyal zu Ihnen stehen, mit grossem Engagement Ihren Auftrag umgesetzt und im Volk vertreten haben – und nicht diejenigen, die ohnehin an allem, was von der Erziehungsdirektion kommt, etwas auszusetzen haben?» ◆

GEMEINDEGESETZ

Nein zu Alterslimiten

Der Regierungsrat will keine Alterslimiten für nebenamtliche Mandate in Gemeinderäten und Kommissionen.

Regierungsrat und vorberatende Kommission des Grossen Rates wollen die entsprechende Bestimmung im revidierten Gemeindegesetz verankern, wie das Amt für Information gestern mitteilte. Höchstaltersgrenzen sollen möglichst bleiben, wenn das Mandat als Hauptamt oder als Nebenamt mit einer vergleichbaren Belastung ausgestaltet ist. Für Gremien, deren Aufgabenbereich ausschliesslich eine bestimmte Altersgruppe betrifft (zum Beispiel Jugendparlamente), können zudem angemessene Mindest- oder Höchstaltersgrenzen vorgesehen werden. Die Revision des Gemeindegesetzes kommt voraussichtlich im Juni vor den Grossen Rat. In Kraft treten soll es auf Anfang 2005.

Der Regierungsrat hatte bereits Mitte April angekündigt, generelle Alterslimiten aus der kommunalen und kantonalen Gesetzgebung grundsätzlich eliminieren zu wollen. Er folgte damit drei parlamentarischen Vorstössen, die die Überprüfung oder Abschaffung von diskriminierenden Alterslimiten verlangt hatten. *sda*

GESETZ

Rechtsschutz für Polizisten

Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat eine Änderung im Gesetz über die Kantonspolizei. Der Rechtsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonspolizei soll verbessert und dies gesetzlich verankert werden. Künftig kann das Kommando der Kantonspolizei Rechtsschutz zur Wahrung der Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch dann gewähren, wenn ein Straf-, Verwaltungs- oder Zivilverfahren aktiv angestrengt wird. *aid*

LANDWIRTSCHAFT

Drei Interessenten für den Schwand

Drei Parteien interessieren sich für die Landwirtschaftsschule Schwand in Münsingen, die 2005 schliessen wird. Und: Teile von Elisabeth Zölchs Volkswirtschaftsdirektion zügel nach Münsingen.

Dass der Kanton Bern die Landwirtschaftsschule Schwand in Münsingen aus Spargründen schliessen und die Ausbildung im Inforama Rütli in Zollikofen (Landwirtschaft) und Hondrich (Berglandwirtschaft und Hauswirtschaft) sowie Waldhof bei Langenthal (Hauswirtschaft) konzentrieren wird, hatte Volkswirtschaftsdirektorin Elisabeth Zölch den Medien bereits vor einem Jahr mitgeteilt.

«Wertvolle Synergien»

Gestern doppelte sie nach und sagte, dass dank der Konzentration der landwirtschaftlichen Ausbildung in Zollikofen künftig angehende Bäuerinnen und Bauern «eine solide Grundausbildung, Berufsmittelschule und Weiterbildung an einem Ort ab-



Ab 2005 geschlossen: das Inforama Schwand. BILD ABL

solvieren können». Zudem würden sich in Zollikofen «wertvolle Synergien» mit der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft anbieten.

Wer will den Schwand?

Doch was passiert mit der Landwirtschaftsschule Schwand in Münsingen nach der Schlies-

sung Mitte 2005? Dazu lieferte die Volkswirtschaftsdirektorin gestern Neuigkeiten: «Der Kanton verhandelt gegenwärtig mit drei Interessenten für die Hauptnutzung», sagte Zölch. Zur Erinnerung: Ende 2003 hatte das Forschungsinstitut für biologischen Landbau entschieden, trotz eines grosszügigen Angebotes des Kantons Bern, nicht von Frick nach Münsingen zu zügel. Um wen es sich bei den drei Interessenten handelt, enthüllte Zölch gestern nicht.

Aber: Sie wird selber Räume im Schwand nutzen: So legt sie die Abteilungen Strukturverbesserungen und Produktion ihres Amtes für Landwirtschaft zusammen, und 25 Mitarbeitende werden in den Schwand ziehen. Und: «Je nach Raumbedarf des Hauptnutzers sollen bis zu vier weitere Abteilungen meiner Direktion am Schwand angesiedelt werden», sagte Zölch gestern. Und zwar das Fischerei-, das Jagd- und das Naturschutzinspektorat sowie der neue Staatsforstbetrieb. Insgesamt würden dabei 65 Arbeitsplätze in Münsingen angesiedelt. «Der Schwand bleibt damit ein Zentrum für die ländliche Bevölkerung», stellte

Zölch fest. «Dies mit dem Nebeneffekt, dass durch die Verschiebung von Verwaltungseinheiten einerseits Wohnraum in der Altstadt frei wird und andererseits der Kanton Mietkosten einsparen kann.» Und zwar 200 000 Franken pro Jahr. *sgt*

ABSCHLÜSSE

Ausbildungszentrum Insel: Anästhesiepflege
Am Ausbildungszentrum des Inselspitals in Bern haben folgende Bernerinnen und Berner ihre Ausbildung mit Erfolg abgeschlossen:
Schmitz Thomas Walter, Stettlin; Ryser Florence Jacqueline, Ziehebach; Schwendemann-Leske Andrea, Bern; Steiner Nicole, Bern; Stucki Caroline, Amsoldingen.

REKLAME



JA zur sanften AHV-Revision.

Laufende Renten bleiben unangetastet. Künftige Renten sind gesichert.

Schweizerisches Komitee «JA zur AHV», Postfach 6136, 3001 Bern www.ahv-ja.ch